

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1132/09
von Anne Laperrouze (ALDE) und Jean Marie Beaupuy (ALDE)
an die Kommission

Betrifft: Solidaritätsfonds

Angesichts der Tatsache, dass die Regionen Aquitaine, Midi-Pyrénées und Languedoc-Roussillon Ende Januar 2009 vom Orkan „Klaus“ schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden, stellt sich die Frage nach der Daseinsberechtigung eines Solidaritätsfonds nicht mehr.

Im Mai 2005 hat das Europäische Parlament den Bericht Berend (P6_TA(2006)0218) über die Überarbeitung des Solidaritätsfonds mit dem Ziel angenommen, seinen Anwendungsbereich auszudehnen und die Funktionsweise zu verbessern. Derzeit ist der Vorgang in Erwartung der ersten Lesung des Rates immer noch blockiert. Dennoch ist eine baldige positive Entscheidung dringend geboten, da es durch die Neufassung möglich sein sind, insbesondere eine wirksamere und schnellere Umsetzung dieses Solidaritätsfonds vorzunehmen und über die Absenkung der Schadensschwelle von 0,6 % auf 0,5 % des Bruttonationaleinkommens einer größeren Zahl von Europäern zu helfen, die Opfer einer Katastrophe geworden sind.

Da auf die vom Fragesteller am 17. November 2008 gestellte mündliche Anfrage des Ausschusses für regionale Entwicklung (O-0092/2008 – B6-0472/2008) keine befriedigende Antwort ergangen ist, werden folgende Fragen erneut gestellt:

- Welche wahren Hindernisse stehen der schnellen Annahme der überarbeiteten Fassung entgegen?
- Welcher Zeitplan ist vorgesehen?

Die europäischen Bürger erwarten von der Europäischen Union, dass sie ihnen konkret zu Hilfe kommt, dass ihnen eine Nothilfe zur Verfügung gestellt wird, dass aber auch die Überarbeitung des Solidaritätsfonds abgeschlossen wird. Das gäbe ihnen die sichere Gewähr, dass die Europäische Union dazu da ist, in schwierigen Situationen an ihrer Seite zu stehen.